



fif



Umbau des Sozialstaates

Was schon passiert ist

Deutschland

Die Agenda 2010 ist auf den Weg gebracht. Für die Bundesregierung ein Erfolg, für die Opposition ein erster Schritt in die richtige Richtung. Doch es gibt wenig Grund zum Jubeln, schon gar nicht für die Frauen. Und ob die Reformen dazu beitragen werden, die Arbeitslosigkeit abzubauen und die Sozialversicherungssysteme zu retten, bleibt abzuwarten.

Beschlossen wurden unter anderem höhere Zuzahlungen für Medikamente und Arztbesuche, der Zahnersatz wird ab 2005 komplett gestrichen, ab 2006 das Krankengeld.

Die Renten werden im Jahr 2004 nicht angehoben. Für die rund sechs Millionen Frauen (und rund 1,5 Millionen Männer), die eine Rente zwischen 300 und 750 Euro im Monat haben, eine zusätzliche Belastung.

Ab 2005 sollen die BezieherInnen des Arbeitslosengeldes II jede Arbeit annehmen müssen, unabhängig davon, ob sie ihrer Qualifikation entspricht, egal wie weit die Arbeitsstelle vom Wohnort entfernt ist. Wer sich weigert, bekommt die Leistungen gestrichen. Für Frauen mit Familie eine Katastrophe.

Österreich

Auch in Österreich standen und stehen große Reformen an. 2003 gab es eine Pensionsreform, die erst nach massiven Protesten abgeschwächt und dann im Konsens verabschiedet wurde. Aber auch im Gesundheitswesen, im Schulwesen und in der Arbeitsmarktpolitik stehen weitere Verschlechterungen an.

Dabei ist die Situation der Frauen in Österreich, insbesondere in den ländlichen Regionen wie in Tirol, ohnehin schwierig. Fehlende Kinderbetreuungsangebote, zu wenig Ausbildungsmöglichkeiten und ein hoher Anteil von Saisonarbeitsplätzen erschweren die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Eine Folge: Die Frauen in Österreich verdienen im Schnitt 30 Prozent weniger als die Männer. Wie in Deutschland übrigens auch.

München und andere Kommunen

Die Gemeindefinanzreform bringt den deutschen Städten und Gemeinden nicht soviel Entlastung wie erhofft. Zwar ist die Situation in München, verglichen mit anderen Kommunen, noch vergleichsweise gut, aber auch hier gibt es spürbare Einschnitte. Allein im sozialen Bereich müssen bis zum Jahr 2006 rund 44 Millionen Euro eingespart werden. Die Kürzungen betreffen vor allem die Sozialhilfe-EmpfängerInnen, Kinder und Jugendliche sowie alte Menschen. Die Auswirkungen dieser Sparmaßnahmen werden vor allem die Frauen stark zu spüren bekommen.

Internationaler Frauentag – 7. März Zugspitze

Auf zum FrauenGipfelTreffen!

„Raus aus der Talsohle – Grenzen überwinden – Zukunft gestalten“ ist das Motto der Aktion **lets netz 2004**. Am 7. März haben sich Frauen aus Tirol und Bayern zu einer großen grenzüberschreitenden Veranstaltung auf der **Zugspitze** verabredet. Geboten ist ein vielfältiges reales und virtuelles Programm.

Gemäß einer bald 100-jährigen Tradition wird am Weltfrauentag für Frieden und für die Rechte von Frauen demonstriert. Diesen Tag mit neuen Aktionsformen zu bereichern und dabei insbesondere die Möglichkeiten des Internet nutzen, war die Idee der Münchner Gleichstellungsstelle im vergangenen Jahr. Mit www.fan2003.de konnte das Frauenbüro gemeinsam mit dem Münchner Verein Kompetenz für Frauen e.V. erstmals diese neue Aktionsform realisieren. Thematisiert wurde die sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Kinder im Internet. An der Kampagne „lets netz - wir kicken Männergewalt aus dem

Internet“, beteiligten sich bundesweit und über die Landesgrenzen hinweg viele Menschen und Organisationen. Auch dieses Jahr hoffen die Veranstalterinnen wieder auf eine große Beteiligung. **lets netz 2004** greift die tagesaktuellen frauenpolitischen Forderungen auf: Frauenrechte stärken, Lebensqualität verbessern, Geschlechtergerechtigkeit herstellen – trotz kommunaler



Bürgermeisterin
Dr. Gertraud Burkert,
München

„Frauen wehren sich zu selten“

Leider ist es so, dass bei sozialen Umbauten tendenziell die Schwächeren den Kürzeren ziehen – und dazu zählen zweifellos die **Frauen**. Wir müssen daher darauf achten, dass trotz der Finanznot der Städte und Gemeinden nicht vor allem bei denjenigen gekürzt wird, die bereits stark belastet sind. Zahlreiche Münchner Frauenprojekte leisten im präventiven Bereich hervorragende Arbeit. Derzeit muss sicherlich alles genau geprüft werden. Doch dort, wo die Not noch nicht so deutlich sichtbar ist, wird der Rotstift meist am schnellsten angesetzt – und Frauen wehren sich dabei oft zu selten.

Außerdem ist es besonders wichtig, die Berufstätigkeit von Frauen zu fördern. Entscheidend dafür, dass Frauen – und Männer – Beruf und Familie unter einen Hut bringen können, ist ein entsprechendes Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Die Zahl der Betreuungsplätze soll daher in München weiter ausgebaut werden.

Finanznot und bundesweitem Sozialabbau. Für das Gipfeltreffen haben sich bereits zahlreiche bayerische und österreichische Frauenverbände und -organisationen vernetzt.

Mehr Informationen zu Veranstaltung und Programm: siehe Plakat auf der Rückseite und im Internet unter www.letsnetz2004.de.

Auf zum FrauenGipfelTreffen!



Landesrätin Dr.in Elisabeth Zanon-zur Nedden,
Innsbruck

„Viele gemeinsame Anliegen“

Das Gipfeltreffen lets netz von Frauen auf der Zugspitze ist eine Initiative, die ich als Landesrätin für Frauenangelegenheiten des Landes Tirol sehr begrüße und gerne unterstütze.

Vernetzung und Empowerment von Frauen sind auch auf Tiroler Seite Ziele, die wir anstreben. Deshalb veranstalten wir Politiklehrgänge für Frauen – seit 2003 erstmals auch in grenzüberschreitender Zusammenarbeit mit dem Außerfern und dem Landkreis Garmisch-Partenkirchen. Das Kennenlernen der ‚Nachbarinnen‘ jenseits der Landesgrenzen ist eine Bereicherung und zeigt vor allem die Gemeinsamkeiten des Frauenlebens auf. Auch innerhalb der Tiroler Landesregierung gibt es zahlreiche Aktivitäten zur Umsetzung der Chancengleichheit von Männern und Frauen. Bereits 1999 wurde Gender Mainstreaming als Leitziel gesetzlich verankert und 2002 wurde ein Frauenförderungsprogramm für Landesbedienstete beschlossen.

Der **fiff** extra-Schwerpunkt

Reformbaustelle Sozialstaat

Sparen, sparen, sparen. Zurzeit ist in der Politik viel vom Wohlfahrtsstaat die Rede, den wir uns nicht mehr leisten können: Es gibt mehr als vier Millionen Arbeitslose, das Gesundheitswesen sei zu teuer, das Rentensystem in der Krise – und auch im öffentlichen Dienst wird kräftig gekürzt. **fiff** extra berichtet über die

Beschlüsse zur Gemeindefinanzreform, erzählt, was eine Beschäftigte der Stadt München von der aktuellen Spar-Politik hält, beschreibt, weshalb sich eine arbeitslose Frau selbstständig macht, und fragt eine Politikwissenschaftlerin, warum die 40-Stunden-Woche zu lang ist.



Wie eine Angestellte die Einschnitte erlebt

„Es ist beschämend“

Kürzen ja, aber nicht so, beschwert sich Ursula Althof vom Stenografischen Sitzungsdienst der Stadt München. Die Beschäftigte befürchtet weitere Sparbeschlüsse. Sie hat sich daher entschlossen, in Altersteilzeit zu gehen.

„Es wird soviel Stimmung gemacht in den Medien. Jeden Tag werden neue Spar-Details bekannt, die für den Einzelnen nicht mehr durchschaubar sind, aber dennoch große Auswirkungen haben“, beklagt Ursula Althof. Die Konsequenz: Wer sich nicht auskennt, der bleibt auf der Strecke.

Die 54-Jährige ist seit elf Jahren bei der Stadt beschäftigt, vorher war sie weitere 13 Jahre im öffentlichen Dienst, insgesamt hat sie 38 Berufsjahre hinter sich. Nur bei der Geburt ihrer Tochter hat sie den Job kurz unterbrochen. „Ich habe das Glück, dass ich einen einigermaßen guten Verdienst und einen relativ sicheren Arbeitsplatz habe.“ Dennoch, die Umstellung bei der Zusatzversorgung hat sie hart getroffen. „Uns war doch eine beamtenähnliche Versorgung zugesagt.“ Wenn sie jetzt auf diese schwer nachvollziehbare Berechnung der Zusatzversorgungskasse schaut, dann ist sie ziemlich erschüttert,

wie wenig da herauskommt: ein Startguthaben von 176,40 Euro. Viele andere scheinbare Kleinigkeiten addieren sich zu einem großen Ärgernis: die Essensmarken sind weggefallen, der Zahltag wurde verschoben, das Jobticket verändert, die Beihilfen für Angestellte und Beamte gekürzt.

Die engagierte Gewerkschaftlerin sitzt seit 1995 in der Gleichstellungskommission für Frauen. Der Blick auf die eigene Tochter zeigt ihr, wie schwer Frauen es immer noch haben, nach der Kinderpause wieder in den Job einzusteigen. Die junge Frau ist Krankengymnastin, mit einer ziemlich teureren Zusatzausbildung. Jetzt muss sie versuchen, über einen unsicheren Mini-Job beruflich wieder Fuß zu fassen. „Das ist richtig beschämend“, sagt Ursula Althof. Auch in ihrer Generation sieht sie Benachteiligungen: Eine ihrer Schwestern, auch im öffentlichen Dienst tätig, hat längere Zeit ihren schwerstkranken Mann

gepflegt und war dafür beurlaubt. Kürzlich sei ihr eine Kur versagt worden. „Dabei hat sie dem Staat wirklich Geld gespart: Sie hat sich die sehr belastende Pflege aufgebürdet und nimmt dafür auch noch Abschläge bei der Rente in Kauf. Wenn es ihr dann selber schlecht geht, bekommt sie nicht einmal eine Erholung bezahlt.“

Die Stenografin hat gerade ihren Antrag auf Altersteilzeit unterschrieben. Sie glaubt, dass viele KollegInnen gar nicht wissen, dass sie sich für das Angebot zu den alten Bedingungen bis Ende 2003 entscheiden mussten. „Es ist so wüdelos, dass wir ständig suchen müssen, ob es neue Vorschriften für uns gibt.“ Ursula Althof geht lieber mit einem kleinen Abzug in Rente, als dass sie ein unkalkulierbares Risiko eingeht – zumal es neue Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst gibt. „Für die Altersteilzeit gibt es Bestandsschutz, ansonsten weiß man ja nicht, was noch kommt.“

München und die Finanzkrise

Mehr Sparen beim Personal

Welche Auswirkungen die Gemeindefinanzreform genau hat, ist noch unklar. Doch auch die städtischen Beschäftigten müssen wohl mit weiteren Belastungen rechnen.

„Es lässt sich nicht mit Gewissheit sagen, ob uns die Gemeindefinanzreform unterm Strich etwas gebracht hat“, sagte der Münchner Personalreferent Dr. Thomas Böhle noch bei der Veranstaltung „Talk im Rathaus“ kurz vor Weihnachten. Die Finanzlage sei so katastrophal, dass die Stadt für das Jahr 2004 erstmals betriebsbedingte Kündigungen nicht mehr ausschließen könne. Doch zum Jahreswechsel war dann klar: Auch dieses Jahr braucht laut

Oberbürgermeister Christian Ude kein städtischer Mitarbeiter um seinen Arbeitsplatz zu bangen. Dennoch kommen auf die Beschäftigten weitere Zumutungen zu: **Der Personalreferent rechnet mit einer Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte. „Insgesamt“, so Böhle, „brauchen wir im Personalhaushalt eine Kostenminderung.“** Das sei auch das Ziel der Arbeitgeber für die Verhandlungen um die Neugestaltung des Tarifsystems

im öffentlichen Dienst. Angelica Hagenstein, Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, befürchtet denn auch, dass die Einschnitte für die Beschäftigten noch schlimmer als erwartet ausfallen werden. Leitlinie für den Personalreferenten ist jedoch nach wie vor eine „werthaltige Personalpolitik“. Für Christian Ude bedeutet die vor Weihnachten beschlossene Gemeindefinanzreform nur eine „Linderung“ der städtischen Finanznot. Er rechnet damit, dass unter dem Strich ein Plus von 37 Millionen Euro bleibt. Um das strukturelle Defizit auszugleichen, wären aber 300 Millionen Euro nötig, so Ude. Jetzt bleibt nur noch die Hoffnung auf eine Konjunkturbelebung.



Sozialhilfe

Arme Kinder

Kinder und Jugendliche sind auch in München die von Armut am stärksten betroffene Bevölkerungsgruppe: 14.144 bekommen Sozialhilfe. Kennzeichen bedürftiger Kinder: Sie leben häufig bei einem alleinerziehenden Elternteil oder in Paarhaushalten mit zwei und mehr Kindern. Insgesamt erhalten in München derzeit 47.153 Personen Sozialhilfe, 54 Prozent davon sind Frauen. Insbesondere die ethnische Zugehörigkeit weist auf eine stärkere wirtschaftliche Benachteiligung hin: Nicht-Deutsche sind etwa doppelt so häufig auf den Bezug von Sozialhilfe angewiesen wie Deutsche. Auch Arbeitslosigkeit bedeutet zunehmend ein Armutsrisiko. München steht jedoch im Vergleich mit anderen deutschen Großstädten mit einer Sozialhilfequote von derzeit 3,6 Prozent noch relativ gut da, durchschnittlich liegt sie bei 5,5 Prozent. Arme Kinder und Jugendliche leben häufig in zu kleinen oder zu vollen Wohnungen. Manche von ihnen haben jedoch gar keine Wohnung: 994 Kinder sind in städtischen Notquartieren untergebracht, insgesamt leben dort 3.814 Menschen. Doch Armut betrifft auch alte Menschen, und da vor allem Frauen. 9.716 Empfänger bekommen die so genannte Grundsicherung, 58 Prozent sind weiblich. Ihre Rente ist so gering, dass sie auf Sozialhilfeniveau aufgebessert wird. Als arm gilt, wer über ein Einkommen verfügt, das kleiner ist als die Hälfte des durchschnittlichen nationalen Nettoeinkommens pro Person.



Interview mit Prof. Ingrid Kurz-Scherf
über Lebensbedürfnisse und Arbeitszeit

„Sechs Stunden sind genug“

Etwa 1500 Stunden arbeitet ein voll Beschäftigter pro Jahr. Viel zu viel, sagt Ingrid Kurz-Scherf, Professorin für Politik an der Uni Marburg und früherer Staatssekretärin im Saarland und in Brandenburg. Sie findet, dass 1000 Stunden reichen.



fiff: Sechs Stunden Erwerbsarbeit am Tag sind mehr als genug, sagen Sie. Warum?

Ingrid Kurz-Scherf: Man kann das von zwei Seiten her diskutieren. Die eine Frage ist: Wie viel Zeit benötigen Menschen zum Leben? Man braucht Zeit für sich, für die Pflege seiner Beziehungen, für seine Kinder. Wenn man das ernst nimmt, bleibt für Berufstätigkeit nicht so viel zur Verfügung, wie heute üblich. Die andere Frage ist: Wie viel Arbeitszeit ist notwendig für die Bedürfnisse, die über Erwerbsarbeit befriedigt werden können? Unser technischer Fortschritt beruht auf einer Verbesserung von Effektivität und Effizienz; wir könnten also weniger arbeiten, um uns unseren Lebensstandard leisten zu können.

Die Realität sieht so aus: Die einen machen Überstunden, andere haben gar keine Arbeit, und viele Frauen mit Familie versuchen, in Teilzeitjobs am Erwerbsleben teilzunehmen.

Frauen haben häufig eine Präferenz für kürzere Arbeitszeiten. Wenn sich der Normalitätsstandard an den Zeitbedürfnissen von Frauen orientieren würde, dann wäre die tägliche Arbeitszeit schon längst niedriger.

Das statistische Bundesamt hat ausgerechnet, dass der Umfang der – überwiegend von Frauen erbrachten – unbezahlten Leistungen im Haushalt bei rund 96 Milliarden Stunden im Jahr liegt.

Ich plädiere nicht dafür, dass diese Leistungen bezahlt werden. Ich glaube vielmehr, dass es so etwas gibt wie private Arbeit, die so organisiert werden muss, dass sie von allen geleistet werden kann. Und das geht leichter, wenn man nur sechs Stunden am Tag beschäftigt ist.

Der Freistaat Bayern verfolgt offenbar eine andere Linie: Die Bayerischen Beamten sollen wieder mehr arbeiten.

Das ist ein besonders gutes Beispiel für den kollektiven Wahnsinn, dem wir alle verfallen sind. Der Staat erhöht die Arbeitszeit, braucht weniger Beamte und spart dabei vermeintlich etwas ein. Es handelt sich aber um eine kurzfristige betriebswirtschaftliche Rechnung. Denn andererseits müssen die Arbeitslosen bezahlt werden – und eine längere Arbeitszeit ist nicht gleichbedeutend mit mehr Leistung. Konzerne wie Opel, VW und Eon dagegen reduzieren die Arbeitszeiten.

Die durchschnittliche Lebenszeit hat sich in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich erhöht. Jetzt soll auch die Lebensarbeitszeit erhöht werden.

Wenn es ernsthaft darum ginge, dass die Menschen rüstig sind und noch gut und gerne zwei Jahre länger arbeiten können, wäre ich dieser Diskussion vielleicht nicht abgeneigt. Aber es geht darum, Rentenabschläge zu begründen. Bei vier Millionen Arbeitslosen ist diese Diskussion ein absoluter Unsinn.

Frauen-Renten

Arm durch Kinder

Die Reform der Rente steht im Frühjahr auf dem Programm: Bei Opposition und Regierung ist im Gespräch, die Renten in Zukunft langsamer anzuheben, die Riester-Rente zu überarbeiten und die Rentner stärker zu besteuern. Differenzen gibt es darüber, wie stark Familien durch die Rentenkasse gefördert werden sollen.

Bisher sind Kinder ein Rentenkiller – vor allem für Frauen. Mit dem Rentengesetz von 2002 sind zwar neue Regelungen in Kraft, die die Altersversorgung von Frauen verbessern: Drei Jahre Erziehungszeit werden jetzt bei der Rente pro Kind gutgeschrieben, und wer nach dem dritten Lebensjahr des Kindes wieder in Teilzeit arbeitet, dessen Altersbezüge können aufgebessert werden. Andererseits sind Ausbildungszeiten, die bei der Rente angerechnet wurden, inzwischen auf drei Jahre reduziert worden – und Frauen haben von dieser alten Regelung immer stark profitiert.

Insgesamt bleibt Frauen mit Kindern im Alter weniger Spielraum: Eine verheiratete kinderlose Frau kann im Durchschnitt mit einer Versicherungsrente von etwa 900 Euro rechnen, mit einem Kind sind es noch 580 Euro, bei dreien nur noch 400 Euro, wie eine Berechnung für kommende Rentengänge zeigt. Derzeit erhalten Frauen mit durchschnittlich 405 Euro weniger als die Hälfte der Altersrente von Männern (877 Euro). Kinder reduzieren die Beitragszahlungen ganz deutlich: Männer kommen im Schnitt auf 40 Beitragsjahre, Frauen nur auf 26.

Wie eine arbeitslose Frau die Zukunft angeht

Letzter Ausweg Ich-AG

Barbara Vogel kam als gut bezahlte Betriebswirtin nach München. Doch dann verlor sie ihren Job. Ein Jahr lang hat sie sich vergeblich beworben – jetzt versucht sie, sich selbstständig zu machen.

„In einer teuren Stadt wie München ist die Existenz schnell gefährdet“, hat Barbara Vogel erfahren. Die 39-jährige Betriebswirtin ist für ihre letzte Stelle nach München gekommen. Drei Jahre lang bezog sie als Key-Account-Managerin ein sehr gutes Gehalt, 4000 Euro brutto zuzüglich Provision, da waren 850 Euro Warmmiete kein Problem.

Die boomende Softwarebranche hat sie, wie viele andere, wieder ausgespuckt: Im Herbst 2002 erhielt sie eine betriebsbedingte Kündigung. Das war unschön, aber Barbara Vogel rechnete damit, schnell einen neuen Job zu finden. Maximal ein halbes Jahr lang würde sie mit ihrem Arbeitslosengeld schon auskommen können, ohne ihren Lebensstandard ändern zu müssen, dachte sie. Zumal sie mit Hilfe eines Anwalts 10.000 Euro Abfindung erstritten hatte.

Doch nun sucht die Betriebswirtin schon seit über einem Jahr erfolglos nach Arbeit. Über 140 Bewerbungen hat sie geschrieben – und ist nur sieben Mal zu Vorstellungsgesprächen

eingeladen worden. Barbara Vogel hat sich auch um Stellen bemüht, für die sie überqualifiziert ist. Aber: „Es gab einfach genügend Konkurrenten mit passender Qualifikation.“ Die neue Zumutbarkeitsregel, wonach man auch einen schlechteren Job annehmen muss, geht an der Praxis vorbei, so die Erfahrung der Frau.

Richtig Angst macht Barbara Vogel das neue Arbeitslosengeld II auf Sozialhilfeniveau, auch wenn es 2004 noch nicht droht. Wie soll man in München mit 345 Euro im Monat auskommen?, fragt sie sich verzweifelt. Mit 1.100 Euro Arbeitslosenhilfe und dem bisschen, das sie sich legal in einer Boutique hinzu verdient, muss sie jetzt schon schauen, dass sie über die Runden kommt. Inzwischen kauft sie im Supermarkt statt im Reformhaus ein, Theater- und Friseurbesuche kann sie sich nicht mehr leisten. Eine billigere Wohnung ist nicht in Aussicht: „Wer vermietet schon an Arbeitslose?“

Wenn ihre Stimmung auf dem Tiefpunkt ist, sucht sie Motivation und

(Rechts-)Beratung im Arbeitslosenzentrum. Dort kann sie auch kostenlos im Internet nach Stellen suchen. Doch ob das Arbeitslosenzentrum noch lange existiert, ist fraglich. Auch hier droht der Rotstift. Und ob es künftig noch Fortbildungskurse für Arbeitslose gibt? Barbara Vogel hat der zweimonatige Kurs „Business-Englisch“ richtig gut getan. Nur vier der 19 Teilnehmenden haben inzwischen eine feste Stelle gefunden, fünf weitere wollen eine Ich-AG gründen.

Auch Barbara Vogel will sich selbstständig machen und hat Überbrückungsgeld beantragt. Ihr Businessplan ist geprüft und genehmigt worden. Aber sie ist nur verhalten optimistisch; schon einmal ist ein Projekt in letzter Minute geplatzt. Barbara Vogel wird erst aufatmen, wenn das erste selbstständig verdiente Geld auf dem Konto eingegangen ist.

Susanne Barck



Landeshauptstadt
München

Impressum

fiff extra, Februar 2004

herausgegeben von der Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331 München (zugleich Anschrift aller Verantwortlichen)
Telefon 233-92466, Fax 233-24005, E-mail gst@muenchen.de
Verantwortlich: Friedel Schreyögg
Redaktion: Inge Höhne, Petra Riedel
Gestaltung: 2005 Werbung, Monika Neuser
Druck: Direktorium, Stadtkanzlei
Auflage: 32.000

Internationaler Frauentag 2004

Frauen GipfelTreffen

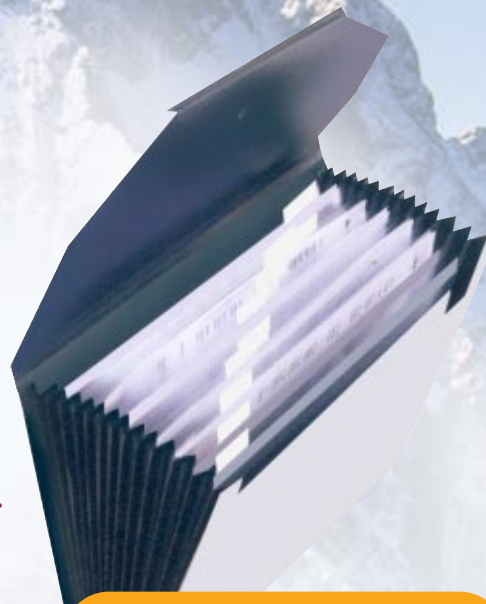
Raus aus der Talsohle - Grenzen überwinden - Zukunft gestalten

für:

7. März
Zugspitze



aufstieg &
anerkennung



arbeit &
ausbildung



macht &
einfluss

gegen:



heim &
herd



anmache &
mobbing



mini-jobs &
mini-renten

Frauen aus Bayern und aus Tirol begegnen sich auf Deutschlands höchstem Berg. Anlass für diesen ersten grenzüberschreitenden lets-netz-Gipfel ist der Weltfrauentag. Am 7. März können Sie mit uns Gleichgesinnte treffen oder einfach den Tag genießen. Frauen, die diese *fiff* bei einer der Bergbahnen vorlegen, fahren zum Sonderpreis.

Programm

11.30 bis 13.00 Kunsthalle (2964 m) - Gipfel-Event
ab 13.00 Restaurant Sonn Alpin (Zugspitzplatt) mit Kabarettistin Maria Peschek, Tanzanimation von und mit Kay Hoffman, Musik und Überraschungen, Speis und Trank, Kennenlernen und Vernetzen

Und so machen Sie mit:

Individuelle **Anreise** zu Ihrer Talstation.

- **Bayerische Zugspitzbahn.** Rauf auf den Gipfel ab allen Talstationen, also Garmisch, Grainau, Eibsee (Eibsee-Seilbahn). Preis: 29,50 Euro (statt regulär 34 Euro)
- **Tiroler Zugspitzbahn.** Ab Ehrwald kommen Sie mit der Seilbahn auf den Gipfel. Preis: 23 Euro. Fahrscheine für das Zugspitzplatt dann extra lösen. Preis: 6,50 Euro.

Einige Gleichstellungsstellen organisieren Busse.

Alle, die am 7. März nicht mitfahren können: bitte mitmachen beim virtuellen lets-netz-Gipfel im Internet unter www.letsnetz2004.de

Eine Veranstaltung der bayerischen Gleichstellungsstellen:
Landratsamt Weilheim-Schongau, Landeshauptstadt München,
Landratsamt München

in Kooperation mit JUFF-Frauenreferat (Amt der Tiroler Landesregierung), EURES Interalp, Verein Kompetenz für Frauen e.V. München, Ver.di Bezirksfrauenrat Kempten, Volkshochschule Garmisch-Partenkirchen und LAG Bayern

Erstunterstützerinnen: B.A.S.I.S. - das Zentrum für Frauen im Außerfern, Frauenservice- und Familienberatungsstelle, Frauenforum im Pfaffenwinkel, Frau und Beruf GmbH München, Mütter- und Familienzentrum Weilheim e.V., Frauenliste Oberammergau e.V.



Internationaler Frauentag
www.letsnetz2004.de